

Anmerkungen zu den neuen schlechten Zeiten

Die Neugestaltung der Produktionsverhältnisse nach dem Endsieg des Kapitalismus brachte den globalen Neoliberalismus hervor, der grenzenlos und unkontrolliert den Weltkonzernen und der Finanzindustrie unter der politisch-militärischen USA-Führung die Möglichkeit gab, die Profitmaximierung als einziges Ziel zu institutionalisieren. Die politische Linke hat es defakto kampfflos aufgeben, gesellschaftspolitisch für die Interesse der arbeitenden Klasse in Erscheinung zu treten.

Der Kommunismus ging wegen des in den Staaten des realexistierenden Sozialismus komplett fehlenden Markt-systems in Konkurs. Dort hatte man sich praktisch nur darum gekümmert, dass die elementaren Bedürfnisse kostengünstig gesichert wurden: Nahrung, Wohnung, Bildung, Gesundheit. Es war weder gelungen, haltbare sozialistische Gemeinschaften zu formen, noch eine gesellschaftliche und materielle Weiterentwicklung über den Grundbedürfnissen liegenden menschlichen Bereichen zu ermöglichen. All die Elemente, die heutzutage zum Alltagsleben gehören, wurden nicht im Realsozialismus entwickelt, sondern waren Folgen der kapitalistischen Marktwirtschaft, man braucht nur an all die heutigen digitalen Dinge zu denken. Eine Planwirtschaft konnte solche Entwicklungen nicht schaffen, weil dort wurden tendenziell nur Grundbedürfnisse verwaltet, wenn alle genug zu essen, ein Dach über den Kopf, einen Schulabschluss und gesundheitliche Betreuung hatten, dann war man im Sozialismus und es gab nix mehr, das als Bedürfnis wahrgenommen wurde.

Der seinerzeit 'soziale Marktwirtschaft' genannte Kapitalismus fand und schuf neue Massenbedürfnisse, nach dem Endsieg wurde sofort aus der 'sozialen Marktwirtschaft' eine prinzipielle Marktwirtschaft, sie richtet sich nunmehr ausschließlich an der Profitmaximierung aus, alles was in der Produktion menschliche Arbeitskosten erforderte, wurde möglichst in Niedriglohnländer ausgelagert, im kapitalistischen Stammbereich verblieben die nicht auslagerbaren Dienstleistungen, die jetzt rund Dreiviertel der Wirtschaft umfassen.

Die heutige politische Linke hat im Laufe der Zeit die Art ihrer Schwerpunktsetzung dorthin verlagert, wo sie sich speziell im Gefolge der 68er-Zeit, nach dem Zusammenbruch der revolutionistischen 'Neuen Linken', hingewandt hatte: in die Dritte Welt, weil dort waren die Klassenwidersprüche deutlicher, dramatischer und die politische Freiheit war gering bis gar nicht vorhanden, die Klassenunterschiede waren dramatischer. Dieses absorbierte Sein der Dritten Welt veränderte bei den linken Aktivisten das Lebensbewusstsein und die linken Traditionen: **Statt um die Positionen der Arbeiterbewegung, also den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, ging es nun um die Obsorge für Mühselige, Beladene, Elende.**

Aber dieses Art linken Engagements lag dann nicht nur in der Dritten, sondern auch in der Ersten Welt: Sarkastisch-polemisch gesagt wurden abgeschrägte Gehsteigkanten für Rollstuhlfahrer und Obdachlosenzeitionen nun weitaus wichtiger als der Widerstand gegen den neoliberalen Klassenkampf der herrschenden Klasse gegen die arbeitende Bevölkerung. Der Westen ist eine böse Ausbeutungsgesellschaft, in der die Superreichen immer superreicher und mächtiger werden, aber keiner ist konkret dagegen. Weil der Kampf für Ampelmännchen, Ampelweibchen, Binnen-Is und Willkommenskultur ist viel wichtiger, weil das hebt das Selbstbewusstsein von scheinlinken Bildungsbürgern...

Darum werden auch die Rechtspopulisten stärker: Weil es keine Linke mehr gibt, die sich um zentrale gesellschaftliche Probleme und die dadurch praktisch schon naturwüchsig produzierten Verschlechterungen für die breite Masse der Bevölkerung kümmert, sondern eben nur um am gesellschaftlichen Rand liegende Bereiche.

Die FPÖ weiß nicht einmal, warum sie bei Wahlen so gut abschneidet, das sieht man auch daran, wo sie Schwerpunkte setzt und was sie gar nicht wahrnimmt. Die FPÖ tut für die arbeitende Klasse auch nicht mehr als die SPÖ und die heutige Barmherzigkeitslinke, **aber die politisch korrekte Ablehnung der FPÖ durch die politisch korrekten Konkurrenzparteien und die politisch korrekten Meinungsbilder führt dazu, dass gerade die politisch gänzlich unkorrekt alleingelassene Klasse der arbeitenden Menschen ihren Zorn und die ihr von der neoliberalen Defakto-Diktatur aufgezwungene Hilflosigkeit in Proteststimmen an die Partei verwandelt, die von all den politisch Korrekten verabscheut wird.** Weil über politisch unkorrektes Wahlverhalten ärgern sich die politisch korrekten Etablierten und gesellschaftspolitischen Versager ständig und laut, das freut dann die Opfer des von den Etablierten kaum je als inkorrekt gesehenen neoliberalen Systems und sie wählen aus Trotz und aus Freude über den etablierten Ärger rechtspopulistisch.

Wir würden das wieder brauchen, was es seinerzeit gegeben hat. Parteien, die im Bereich der arbeitenden Klasse tatsächlich kämpferisch tätig sind und keine grünen Almosensozialisten, die eine Denkweise haben, über die vor Jahren Nikowitz im PROFIL einmal blödelte, sie wären für 'bei Kindergartenelternabendem gemobbte bisexuelle Alleinerzieher mit Migrationshintergrund '....

Dazu die vom US-Psychologen Abraham Maslow in den 1960er-Jahren aufgestellte Bedürfnispyramide:

1. Physiologie (Hunger, Durst, Geschlechtstrieb),
2. Sicherheit,
3. Zuwendung, Identität und Gemeinschaft
4. Wertschätzung,
5. Selbstverwirklichung.

Im untergegangenen Realsozialismus wurde hauptsächlich der Punkt 1 bedient, die Grundversorgung. Der Punkt 2, die Sicherheit hatte dort bereits Druckstellen, wer nicht für den Sozialismus war, hatte auch weniger bis keine Sicherheit. Punkt 3 war dort nicht evolutionär gewachsen, sondern wurde von oben verordnet, wer sich nicht mit der sozialistischen Gemeinschaft identifizierte, stand außerhalb und konnte Probleme bekommen. Punkt 4 wurde ebenfalls verordnet, Wertschätzung für Parteifunktionäre war Bürgerpflicht, der Punkt 5 war Gestalten wie Stalin oder Mao vorbehalten, da war ein Fidel Castro, der sich wirklich der Wertschätzung großer Bevölkerungsteile erfreuen konnte, schon eine Ausnahmeerscheinung.

In unseren aktuellen neoliberalen Welt **kümmern sich z.B. die Grünen um den Punkt 1, soweit dieser nicht sowieso schon von den (noch) vorhandenen Einrichtungen des Sozialstaates abgedeckt wird**, sie suchen nach den Mühseligen und Beladenen und bauen sich damit das Selbstbild der eigenen Wertschätzung auf, ein guter Mensch ist ein guter Mensch! Und die Selbstverwirklichung gilt für die allergutesten guten Menschen, welche die ganze Gesellschaft dazu anhalten wollen, möglichst die ganze Welt retten zu müssen. Der Blick auf die Masse der Bevölkerung, die (noch) keine akute Nothilfe braucht, ist dabei verloren gegangen.

So wird sogar schon der Punkt 2 wieder zu einem Bedürfnis, um das gekämpft werden muss: die Sicherheit der Arbeitsplätze sinkt, die Sicherheiten des Sozialstaates werden immer wieder in Diskussion gestellt, auch die persönliche Sicherheit vor Kriminalität wird als sinkend wahrgenommen.

Der Punkt 3 ist für die Masse der Menschen immer mehr im Verschwinden. Die Sozialdemokratie hat ihren Status verloren, der Repräsentant der Gemeinschaft der arbeitenden Menschen zu sein. Die SPÖ hatte zur Kreiszeit 1979 einen Mitgliederhöchststand von 721.262, dann begann er langsam zu fallen, 1990 waren es noch rund 620.000, fünf Jahre später weniger als eine halbe Million, heute sind es nicht einmal mehr 200.000. Die Gemeinschaft hatte früher auch die Aufgabe, sich um persönliche Anliegen, also z.B. Arbeitsplatz und Wohnung, zu kümmern, das wurde "entpolitisiert" und **es kümmert sich im praktischen Alltag niemand mehr darum, es gibt die sozialdemokratische Gemeinschaft früherer Zeiten nicht mehr.**

Dadurch ist auch die gemeinschaftliche Zuwendung weg und die Identifizierung im Sinne der Zugehörigkeit zu einer Klasse mit gemeinsamen Interessen. Und gemeinsame Kämpfe für gemeinsame Interessen hatte es ja seit der hohen Zeit der Sozialpartnerschaft nicht mehr gegeben, jetzt gibt es auch die Sozialpartnerschaft nicht mehr, **mit dem EU-Beitritt wurden die üblichen jährlichen Erhöhungen der Reallöhne eingestellt, Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung bringt nur der Klasse der Besitzer der Produktionsmittel**, also den Aktionären und Multimillionären **neue Reichtümer**, die dann - weil man sie für Investitionen gar nicht verbrauchen kann - auch in Spekulationsblasen zumindest teilweise vernichtet werden. **Und die Masse der arbeitenden Klasse erlebt sich tagtäglich als überfordert, alleingelassen, als ignoriert, aber gleichzeitig als von den selbsternannten guten Menschen gefordert, die restliche Welt zu retten.**

Die allgemein in der Gesellschaft gewachsenen traditionellen Gemeinschaften fühlen sich zudem durch Parallelgesellschaften, speziell durch die islamischen, in ihrer Identität bedroht. So wird der ständige Aufmarsch von religiösen Kopftuchbrigaden als feindselige Manifestation gefühlt und keinesfalls als multikulturelle Bereicherung. Als Mensch, der basisnahe lebt, weiß man, dass "die Ausländer" in buntester Mannigfaltigkeit als Schuldtragende dienen. Der übliche Umgang damit, wirkliche Probleme ebenso zu behandeln wie eingebildete, sie nämlich zu leugnen, zu minimalisieren, zu bagatellisieren, hilft nicht nur nicht, sondern schadet! Weil dies zum Reflex führt: wenn ich was brauche, dann werde ich abgewiesen, wenn Ausländer was brauchen, wird's ihnen nachgetragen. Darum FPÖ!

Zusammenfassend: Mit den Menschen, die mit ihrer tagtäglichen Arbeit das Werk am Rennen halten, die Werte schaffen, die sich die Ausbeuter aneignen, befasst sich die aktuelle Linke nicht. Weil das sind ja keine obdachlosen Bettler oder sonst was, woran man sich ohne großen Aufwand als edler Wohltäter erfolgreich beweihräuchern kann. Im Klassenkampf kann man keine selbstgerechte Darstellung des eigenen Edelmenschentums erwerben. Sollte die Linke das nicht irgendwann doch begreifen und sich statt ausschließlich mit Barmherzigkeit und Güte auch wieder mit Gesellschaftspolitik befassen, so gibt es vielleicht noch Chancen. Weiterzumachen wie bisher, das heißt nur noch: Strache kann lachen! Dieser kann zwar auch an seiner eigenen Dummheit noch scheitern (wenn er z.B. wieder einen religiösen Wahlkampf macht), aber die etablierten Parteien sind entweder an ihrer gesellschaftspolitischen Blindheit gescheitert (SPÖ und Grüne) oder sehen ihre Aufgaben sowieso nur als Diener des neoliberalen Systems (ÖVP, NEOs).

Dazu noch ein Text mit ähnlichem Inhalt, der allerdings fast schon ein Vierteljahrhundert alt ist, aber in welchem Teile der oben geschilderten Aspekte ähnlich gesehen werden:

Die Grenzen der Belastbarkeit

Seit in zahlreichen Ländern Westeuropas die Einwanderung zum Normalfall geworden ist, wird darüber gestritten, wieviel an Fremdem eine Gesellschaft vertrage. Anders als jene Mehrheit der (deutschen) Grünen, die offensichtlich auch nur den Gedanken an eine mögliche Begrenzung oder nur Regulierung von Einwanderung für unstatthaft hält, sind wir nicht der Meinung, dies müsse grundsätzlich ein Tabu sein. Jede Einwanderungsgesellschaft (die Vereinigten Staaten sind das beste Beispiel dafür) ist per se eine Konfliktgesellschaft. Es ist (auch das beweist das

amerikanische Beispiel, wenn auch nur zum Teil) möglich, diese Konflikte, zivil, demokratisch, friedlich und zum Nutzen der gesamten Gesellschaft auszutragen, aber es gibt diese Konflikte erst einmal: Nicht deswegen, weil die jeweils Einheimischen böswillige Rassisten wären (was sie auch sein können), sondern weil in jeder Einwanderungsgesellschaft Kulturen, Lebensstile und Wertesysteme miteinander in Kontakt kommen, die auf diesen Kontakt nicht vorbereitet sind.

Und es ist sehr wohl vorstellbar, dass in diesen Konflikten derart schwer Vereinbares aufeinander stößt, dass die betreffende Gesellschaft nicht in der Lage ist, auf demokratische Weise damit umzugehen - gerade dann nicht, wenn sie ohnehin schon mit anderen Problemen ökonomischer, kultureller oder religiöser Natur konfrontiert ist. Die ganz unbestreitbare, skandalöse Ungerechtigkeit in der Verteilung des Wohlstands auf der Welt darf daher nicht zum Anlass genommen werden, die Einwanderung als gerechte Strafe für das räuberische Glück der hochentwickelten Länder, als Vergeltungsschlag der Dritten Welt gegen die Zitadellen des Kolonialismus zu begrüßen. Mit einer Destabilisierung der westlichen Länder wäre im übrigen niemanden gedient, dem Westen sowenig wie der Dritten Welt.

Es muss also den Immigrationsgesellschaften erlaubt sein, über mögliche Grenzen der Einwanderung nachzudenken. Freilich sollte man dabei nie vergessen, dass es sich hier um ein brandgefährliches Thema handelt, über das sinnvoll, d.h. in demokratischen Bahnen, nur dann geredet und verhandelt werden kann, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, dass der populistische Kurzschluss aus dem Widerstreit der Argumente grundsätzlich ausgeschlossen bleibt. Die Gründe dafür sind bekannt. Immer wieder ist es Nationalisten, autoritären Regimen sowie Propagandisten einfacher Weltbilder in den letzten hundert Jahren gelungen, die Diskriminierung, Ausschaltung und Vernichtung von Minderheiten als einfache Lösung sehr schwieriger Probleme plausibel zu machen.

Dabei hat in Deutschland (aber nicht nur in Deutschland) stets der Verdacht eine große Rolle gespielt, diese Minderheiten nähmen den Angestammten Raum weg, geographischen wie sozialen. Einmal in Gang gebracht, war gegen diesen frei flottierenden Verdacht kein argumentatives Kraut mehr gewachsen. Keine Evidenz konnte die sich bedrängt, einengt und überfremdet Fühlenden mehr dazu bewegen, nach dem realen Kern ihrer Furcht zu suchen. Denn es ging ja gar nicht um Reales, sondern um ein unbestimmtes Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, das sich nahezu ein beliebiges Objekt suchte, um dieses für alle - realen oder eingebildeten - Missstände verantwortlich zu machen. Für einen, der so empfindet - und es gab ihrer in Deutschland einmal sehr viele -, ist das Boot immer schon voll: Er fühlt sich immer als der Gebeutelte und Betrogene - schon ein Fremder muss ihm ein Gräuelfeld sein. Die Nachricht, es seien viele »andere«, zu viele Nicht-Dazugehörige da, wird er immer mit Zustimmung und trüber Genugtuung vernehmen.

Wir halten nichts davon, die Deutschen unter antifaschistische Quarantäne zu stellen, wie es vielen Linken seit Jahrzehnten am liebsten wäre - auch deswegen nicht, weil der Generalverdacht gegenüber den auf ewig völkisch angesehenen Deutschen selbst wieder völkisch wäre und weil es immer falsch ist, auf rechte Tabus mit linken Tabus zu antworten. Die Tatsache, dass es eine xenophobe (= fremdenfürchtende) Disposition gibt, darf also nicht dazu verleiten, die möglicherweise negativen Seiten der Einwanderung zu tabuisieren - nicht zuletzt deswegen nicht, weil gerade durch eine solche Tabuisierung (die ja von einigen ausländerfreundlichen Organisationen und Initiativen betrieben wird) die Populisten letztlich recht bekämen. Nur eines muss klar und unumstritten sein: Das Spiel auf den Saiten der xenophoben Disposition hat grundsätzlich zu unterbleiben - auch auf die Gefahr hin, eine Wahl zu verlieren oder der eigenen Klientel Unangenehmes mitteilen zu müssen. Es gibt in der Demokratie nicht viele Werte, die über den Wahlerfolg, der Einschaltquote und der Auflagenstärke angesiedelt sind. Dies - um des Friedens und der Zivilität der Gesellschaft willen, der Verzicht aufs Spiel mit dem Ressentiment - wäre einer.

Dieser Text von Daniel Cohn-Bendit stammt aus dem Buch "Heimat Babylon", Verlag Hoffmann und Campe 1993, Seite 30ff, er ist also rund 24 Jahre alt, beschreibt aber die Zweischneidigkeit der Migrationen in ganz aktueller Weise, speziell auch in Bezug auf das Gefühl von Eingeborenen gegenüber Zuwanderern zu kurz zu kommen. Und da heute der Neoliberalismus die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung schon institutionell so behandelt, dass das Gefühl des Zukurzkommens einen realen Daseinshintergrund hat, hat sich diese Situation gegenüber den Neunzigerjahren stark verschärft. Zusätzlich noch durch den Umstand, dass die Anhänger der Willkommenskultur vom Neoliberalismus in der Regel nicht unmittelbar betroffen sind, aber in ihrem Verhalten psychische Selbstbestätigung erleben, sich also nicht als zu kurz gekommen, sondern als emporgehoben empfinden. Den Populisten dient inzwischen der Boden des Daseins vieler Menschen als Ausgangsbasis für ihre Erfolge, wegreden lässt sich das heute ebenso wenig wie vor einem Vierteljahrhundert...